



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 14. bis 21. Oktober)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 14. bis 21. Oktober)

Balkanrieg und Dreibund

Die Diplomaten sind eigentlich ein bemitleidenswertes Völkchen. Geht irgendwo einmal eine internationale Freundschaft aus den Fugen, so werden sie dafür gescholten, gibt es Krieg, so ist daran entweder ihre „Trottelhaftigkeit“ oder ihre „Perfidie“ schuld; geschieht aber einmal etwas Erfreuliches, kommt es zu einer die öffentliche Meinung schmeichelnden Entscheidung, dann haben sie keinen Teil daran: es ist „trotz ihrer“ gut gegangen! Die Völker, die Nationen, die zwingenden historischen Vorgänge, neuerdings auch die Bankiers und die Börsen, — sie alle haben ihr hervorragendes Verdienst am glücklichen Verlauf irgendeiner Entwicklung, — aber beileibe nicht die Diplomaten. Sollte in dieser Tatsache nicht der innerste psychologische Grund dafür zu finden sein, daß es so wenig wirklich gute Diplomaten gibt? Sollte nicht gerade die ungeheure Selbstverleugnung, die dem Diplomaten auf Schritt und Tritt auferlegt wird, der Grund für viele sein, dem Beruf den Rücken zu kehren noch ehe sie recht dazu gekommen ihre Fähigkeiten zu beweisen? Der moderne Diplomatenberuf ist dem des forschenden Gelehrten vielleicht der ähnlichste: wie dieser die ihn bewegenden Probleme erst im emsig arbeitenden Hirn ausreifen lassen muß, ehe er das Ergebnis der Öffentlichkeit übergeben darf ohne darauf zu rechnen, freudig begrüßt oder gar verstanden zu werden, so durchforscht der tüchtige Diplomat in einsamer Denkarbeit die Realitäten des internationalen Lebens, um die Aufgaben, die die Nation ihm stellt — nicht im demokratischen Sinne, sondern im Sinne historisch begründeter Möglichkeiten — auszuführen. Und findet er sich auf der Höhe seiner Aufgaben, so wird der Diplomat zum schaffenden Künstler, der mit zarter Keuschheit formt und knetet an den politischen Problemen, nur selten beglückt von der Gewißheit, noch persönlich den Ruhm ernten zu können, den seine Arbeit verdient. Solch ein Glücklicher unter den Diplomaten war Fürst Bismarck, jener vorsichtig wägende und kühn zupackende deutsche Staatsmann, der bis zur Reichsgründung stets die Mehrheit gegen sich hatte. Heute feiern sie ihn wegen seiner sichtbaren Erfolge, aber vergessen, daß seine heldenhaftesten Leistungen in der Vorbereitung jener Erfolge liegen, und daß es gerade jene dunklen Jahre sind, die durch das Wort *Ölmüß* beschattet werden, in denen die wahre Größe unseres Nationalhelden erprobt wurde.

Deutschland hat im vorigen Jahre in der internationalen Politik durch eine Situation hindurchgehen müssen, die seitens der Opposition als ein zweites Dlmütz bezeichnet wurde. Wir haben stets einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, in dem Bewußtsein, daß das Reich seine Kräfte nicht zersplittern durfte. Die verantwortlichen Diplomaten haben in der ganzen Zeit der Marokkokämpfe eine solche Fülle von Selbstbeherrschung bewiesen und haben sich trotz der schwersten Angriffe so frei von jeder Eitelkeit gezeigt, daß sie uns auch da die größte Hochachtung abnötigen, wo wir mit den einzelnen Maßnahmen nicht einverstanden sein können. Und ich denke mir, daß von dieser Hochachtung aus sich auch das Vertrauen entwickeln wird in die weitere Führung unserer internationalen Geschäfte. Die Neuordnung der Balkanfrage steht schon seit Jahren vor der Tür. Aber noch in keinem Stadium hat sie so sehr den Stempel einer Aktion gegen den Dreibund getragen, wie gegenwärtig. Und wie Preußen seinerzeit der „deutschen Einheitsfrage“ Rechnung tragen mußte, so trägt heute die auswärtige Politik Deutschlands der „mitteleuropäischen“ Rechnung: unsere Diplomatie treibt reichsdeutsche Politik im Rahmen des Dreibundes, dieses seit mehr als zwanzig Jahren als Friedenshort erprobten Gefüges. Das Attentat auf den Dreibund, das in dem Vorgehen Englands und Rußlands und der kleinen Balkanstaaten lag, mißglückte an der Festigkeit des Dreibundes: Österreich-Ungarn und Italien haben durch ihr Verhalten bewiesen, welchen Wert für sie der Bund hat. Dieses durch den schnellen Friedensschluß zu Dschj, jenes durch die Bereitwilligkeit, mit der es — trotz schwerwiegendster Bedenken — die Hand zur Verständigung mit Rußland geboten. Der Dreibund ist nicht nur intakt geblieben, der ihn angreifende Dreiverband erzittert in seinen Fugen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die französischen Interessen denen der deutschen Nation viel verwandter sind als denen Englands, nachdem sich weiter herausgestellt hat, daß Albion durchaus nicht geneigt ist seinem russischen Freunde in dessen Bestreben die Dardanellenstraße zu beherrschen, beizustehen. So sind an der Lokalisierung des Balkankrieges zwar die realen Verhältnisse schuld, aber das Verdienst sie richtig bewertet und die gewonnene Erkenntnis rechtzeitig in die Wagschale geworfen zu haben, müssen wir diesmal doch den Diplomaten zugestehen. Und aus dieser Feststellung ziehe ich den weiteren beruhigenden Schluß, daß unsere Diplomaten auch befähigt sein werden, den Augenblick richtig zu erkennen, wenn die Entscheidungen der internationalen Politik in die Hände der Armeeführung zu legen sein werden.

Die „Lokalisierung“ des Balkankrieges und die Vereinbarung der Mächte, wonach territorial der status quo auch der Balkanhalbinsel, soweit es sich um die Türkei handelt, erhalten bleiben soll, legt die Frage nahe, wer denn nach dem Kriege, in dem doch irgendjemand Sieger bleiben oder unterliegen muß, die Reche bezahlen soll. Bisher sind alle die Großmächte in Mitleidenschaft gezogen, deren Balkanhandel durch den Krieg berührt wird; der Ausgang des Krieges, wird das wirtschaftliche Interesse

derer unter ihnen verlezten, die auf der falschen Seite standen. Welches aber ist die richtige Seite?

Wir stehen erst am Anfang des Ringens. Die großen Gegner sind Türken und Bulgaren. Ihre Heere scheinen einander ebenbürtig. Für den Krieg selbst scheint Bulgarien in seinen Bundesgenossen eine willkommene Kräftigung zu erhalten; ob beim Friedensschluß die Freundschaft besonders Serbiens noch als Vorteil empfunden werden wird, scheint mir fraglich. — So läßt sich denn auch heute noch nicht sagen, wer denn die Zeche bezahlen wird und auf Prophezeiungen möchte ich mich nicht einlassen. Für Deutschlands Handel und sonstige Interessen als ganzes genommen erscheint es mir gleichgültig, wer die Balkanhalbinsel beherrscht — die Türkei oder Bulgarien. Ein Wechsel der bisherigen Verhältnisse würde einige Unbequemlichkeiten nach sich ziehn, würde einige Personalveränderungen bedingen, würde vielleicht die Chancen einiger Privatunternehmer verschieben — aber mehr auch nicht.

Anders steht es für die Mächte des Dreiverbandes.

Als der erste Schuß auf dem Balkan fiel war es nicht so sehr die Tatsache, daß ihn der Kronprinz von Montenegro abfeuerte, die den Dreiverband-diplomaten den Schreck in die Glieder jagte, als vielmehr das Schießen an sich. An der Themse und an der Newa fühlt man sich so ähnlich wie der Zauberlehrling in Goethes Gedicht. Der Krieg ist da und man glaubte doch, mit einem Bluff zu erreichen, was nun auch durch den Krieg nicht erreicht werden dürfte. Jetzt, wo es Ernst wird, wünschen die Herren den Krieg schleunigst beendet zu sehen. Im Stillen hofft man, der Himmel werde ein Erbarmen haben und die Wege auf dem Kriegsschauplatz in Sümpfe verwandeln oder aber so viel Schnee herniedersenden, daß an Kriegsführen nicht zu denken wäre. Dem gleichen Mißbehagen scheint auch der Konferenzgedanke entsprungen, den Frankreich eifrig propagiert und der von England und Rußland verständnisvoll aufgenommen wurde. Frankreichs Sorge um die schnelle Wiederherstellung des Friedens ist verständlich; seine Interessen an Balkanfragen lassen sich durch die Zahl 4000000000 veranschaulichen und der bisherige status quo ist den französischen Kapitalisten genehm gewesen. Von einer Verschiebung der Kräfte läßt sich aber eine Erweiterung des französischen Einflusses um so weniger erwarten, als die geographische Lage Frankreichs dieses mit Heer und Flotte noch mehr in den Hintergrund drängt, wie Deutschland. Frankreich ist ebenso wie Deutschland durch je eine Dreibundmacht von der Balkanhalbinsel getrennt. Während Frankreich und Deutschland an diesem Balkankriege schon aus wirtschaftlichen Gründen kein Interesse hatten, haben England und Rußland ihr Interesse von dem Augenblick an verloren, seit es feststeht, daß auch nach dem Kriege am territorialen Besitz der Türkei nichts geändert, daß also nur das erreicht werden soll, was die Türkei selbst schon längst freiwillig zugestanden hat: Reformen in Albanien und Mazedonien. Beim Dreibund liegen die Interessen heute etwas anders. Nachdem

der Krieg gegen die Warnungen der Dreibundmächte doch ausgebrochen ist, wäre es schade um das vergossene Blut, wenn er vor reinlicher Feststellung der wirklichen Kräfteverhältnisse in einer Konferenz versumpfen sollte. Leidet auch im Augenblick unser Orienthandel, so dürfen wir solches doch in Kauf nehmen im Hinblick auf die Vorteile, die sich für uns aus der Herstellung klarer unzweideutiger Verhältnisse auf dem Balkan ergeben müssen. G. Cl.

Reichs-Petroleummonopol

Die Frage, ob die Schaffung eines Reichs-Petroleum-Handelsmonopols zweckmäßig sei, hat nicht nur die Regierung, sondern auch die zunächst interessierten kaufmännischen Kreise seit dem Tage eingehend beschäftigt, an dem der Reichstag den bekannten nationalliberalen Antrag Bassermann, Dr. Stresemann und Genossen annahm, durch den die Regierung aufgefordert wurde, sich die Bestrebungen der Standard Oil Co., die zirka 80 Prozent des deutschen Bedarfs an Petroleum deckt, näher anzusehen. Das Ergebnis der Erhebungen der Regierung stimmt nicht ganz mit dem Ergebnis der Erwägungen der kaufmännischen Kreise überein. Während die Regierung das Bedürfnis nach Schaffung jenes Monopols bejaht, haben sehr namhafte amtliche Handelsvertretungen es entschieden verneint. Allerdings waren die meisten Handelskammern sich darüber einig, daß die heutige Versorgung Deutschlands mit Petroleum keineswegs ideal sei und daß, falls es der Standard Oil Co. gelingen würde, ihre Konkurrenz an die Wand zu drücken, die Petroleumpreise zum Schaden vieler Millionen Konsumenten ins Ungemessene steigen könnten. Wenn viele Handelskammern trotz dieser Erkenntnis das Reichsmonopol ablehnten, so geschah es, weil sie annahmen, daß erstens durch dasselbe die gegenwärtigen Zustände wenig geändert würden, da das Reich auch bei Vorhandensein des Monopols von der Standard Oil Co. abhängig bliebe, und daß zweitens die nicht zu unterschätzende Gefahr bestehe, das Reich könne in schweren Zeiten das Monopol im fiskalischen Sinne ausnutzen, sich durch das Monopol neue Einnahmequellen erschließen und gerade die weniger bemittelten Klassen, die wichtigsten Verbraucher des Leuchtöls, mit einer finanziell äußerst wirksamen neuen Verbrauchsabgabe belasten. Unter noch manchen anderen Argumenten sind diese beiden die wesentlichsten, regelmäßig wiederkehrenden in den Äußerungen der Handelskammern. Die Regierung sucht sie zu widerlegen, indem sie erklärt, die von ihr vorgenommenen Erhebungen hätten ergeben, daß es nicht unerreichbar erscheine, sich durch geeignete Verträge die für Deutschland erforderlichen Ölmengen zum größten Teil ohne Inanspruchnahme der Standard Oil Co. zu sichern. Das ist eine zwar erfreuliche, aber außerordentlich vorsichtig formulierte Erklärung. Wer bürgt für das Zustandekommen „geeigneter“ Verträge? Was heißt „zum größten Teil“? — Der Befürchtung einer fiskalischen Ausnutzung des Monopols sucht die Regierung durch die Erklärung zu begegnen, daß sie unter keinen Umständen eine neue Verbrauchsabgabe schaffen wolle,

daß die zu bildende Betriebsgesellschaft mit allen Mitteln auf die Verbilligung des Leuchtöls hinarbeiten solle und daß der etwaige Gewinn aus dem Monopol der Allgemeinheit im Wege der Erfüllung wichtiger sozialpolitischer Forderungen zugute kommen werde.

Man wird das Vertrauen zu unserer Regierung haben dürfen, daß ihre Erklärungen das Ergebnis durchaus zuverlässiger und unantastbarer Erhebungen sind. Sollte es ihr demgemäß gelingen, sich eine gewisse Ellbogenfreiheit gegenüber der Standard Oil Co. zu erhalten und vor allem zu verhindern, daß etwa die Standard Oil Co. sich mit ihren derzeitigen Konkurrenten über den Kopf der Reichsregierung hinweg die Hände reicht zu gemeinsamer Preisfestsetzung — was in einem derartigen Falle werden soll, ist schlechthin nicht auszudenken —, sollte es ihr ferner gelingen, die Preise des Petroleums unter dem jetzigen, jedenfalls nicht über dem gegenwärtigen Stande zu halten, jede fiskalische Ausnutzung des Monopols abzulehnen, so wären eine Reihe sehr gewichtiger Bedenken gegen das Monopol hinfällig und man könnte denjenigen beipflichten, die zwar grundsätzlich jedes Monopol verwerfen, aber immerhin ein Reichsmonopol dem Monopol einer ausländischen Erwerbungs-gesellschaft gegenüber als das kleinere Übel ansehen und daher vorziehen.

Der Kleinhandel dürfte von dem Reichs-Petroleummonopol profitieren, was ihm von Herzen zu gönnen wäre. Durch das Vorgehen der Standard Oil Co., die bestrebt war, den Zwischenhandel möglichst auszuschalten und den Vertrieb des Petroleums von der Quelle bis zur Lampe selbst durchzuführen, ist der Kleinhandel seit Jahren schwer geschädigt worden. Wenn ihm geholfen werden könnte, ein Stück seines ehemaligen Tätigkeitsgebietes wieder zu gewinnen, so wäre das sehr zu begrüßen. Nicht die letzte Voraussetzung für das Zustandekommen des Monopols sollte daher sein, Gewißheit darüber zu schaffen, welche Wirkung es auf den Kleinhandel haben wird.

Pressenachrichten gemäß bemüht sich die Standard Oil Co., die amerikanische Regierung zu veranlassen, bei der deutschen Regierung zu intervenieren, um das Zustandekommen des Monopols zu verhindern. Es wäre nicht sehr überraschend, wenn die Union, die zwar für sich selbst mit beachtenswerter Konsequenz die Monroe-Doktrin in Anspruch nimmt, sich diesen Bemühungen zugänglich zeigte. Einer derartigen Intervention dürfte die Reichsregierung jedoch mit Ruhe entgegensehen, da sie sie als einen unfreundlichen Akt und eine unerwünschte Einmischung in unsere Verhältnisse zurückweisen könnte. Das Reichsmonopol richtet sich nicht gegen das amerikanische Petroleum als solches, bezweckt auch nicht die Unterstützung außeramerikanischer Lieferanten, sondern es wendet sich allein gegen die Monopolgelfüste einer amerikanischen Gesellschaft, die zwar den größten Teil des in der Union geförderten Petroleums kontrolliert aber bei weitem nicht alles.

Abzuwarten bleibt, ob der von der Regierung erwartete Gewinn durch das Monopol sich einstellen wird und damit Mittel für sozialpolitische Aufgaben

und Zwecke bereit gestellt werden können. Für den Fall des Zutreffens dieser Erwartung sind bereits Verwendungsvorschläge gemacht worden. Vielleicht ist das etwas frühzeitig geschehen. Aber da es nun einmal geschehen ist, so möge vor allem ein Vorschlag zur Erörterung gestellt werden. Es ist dieser: Der Gewinn aus dem Reichs-Petroleummonopol ist in erster Linie zur Förderung der Innenkolonisation zu verwenden. Die Innenkolonisation gehört zwar nach der herrschenden Auffassung nicht zu den sozialpolitischen Aufgaben im engeren Sinne, aber darüber kann doch kein Zweifel mehr sein, daß sie eine Angelegenheit von so eminenter Wichtigkeit und von so schwerwiegender Bedeutung auch für unsere Sozialpolitik ist, daß ihre weitestgehende Förderung dringend geboten erscheint.

Monzambano

Bank, Geld und Wirtschaft

Die Börsenderoute — Die Stellung der Großbanken — Die ausländischen Börsen — Die Widerstandskraft der deutschen Börsen — Der deutsche Geldmarkt — Die Lehren der Krisis — Industrieller Optimismus — Die Politik des Kohlen Syndikats — Fiskus und Privatmonopol

Die Börse blickt auf außerordentlich bewegte Wochen zurück. Seit der Krisis von 1907 ist kein solcher Sturm über die Effektenmärkte dahingebraust, wie in diesen Oktobertagen. War schon der Zusammenbruch gleich nach dem Bekanntwerden der serbisch-bulgarischen Mobilmachung schlimm, so war er doch nur der Auftakt zu den fast beispiellosen Vorgängen, welche sich am 11. und 12. Oktober an den europäischen Börsen abspielten. Wäre der Ausbruch des Weltkrieges Tatsache gewesen, die Kopflosigkeit und Bestürzung hätte nicht größer sein können. Wahlos wurden die Effekten auf den Markt geworfen, zu jedem Preise suchte man sich seines Besitzes zu entledigen, aus blinder Furcht, nur nicht der Letzte sein zu müssen. Solchem Verkaufandrang war der Markt nicht gewachsen. Woher hätten auch in solchen Augenblicken Käufer kommen sollen, die bereit waren, die weggeworfene Ware aufzunehmen? Der sicherste Halt des Marktes in kritischen Zeiten, eine starke Kontermine, welche bei sinkenden Kursen zur Deckung schreitet, war nicht vorhanden. Die Großbanken aber, die durch den neuen Kurssturz ebenfalls überrascht waren, intervenierten zunächst nicht — teils weil die Situation unübersichtlich war, teils weil eine gemeinschaftliche Verständigung, die doch die Voraussetzung tatkräftigen und wirksamen Eingreifens gewesen wäre, nicht stattgefunden hatte. Es verlautete, daß einer solchen Verständigung zunächst Etikettenfragen und Eifersüchteleien im Wege gestanden hätten — eine Lesart, die nach dem später bekanntgewordenen Verhalten der Großbanken in der Angelegenheit des Petroleummonopols nicht gerade unwahrscheinlich klingt. Wie dem aber auch sei, zunächst fehlte jedenfalls ein positives Eingreifen, wenn auch vielleicht eine gewisse Hilfe insofern geleistet wurde, als die Kundschaft nicht durch die Banken selbst in rigoroser Weise zum Verkauf gebrängt wurde. Die Selbstexekutionen waren ja schon schlimm genug. Jene beiden Tage hatten eine Verwüstung des Kursniveaus zur Folge, wie sie in

dieser Heftigkeit seit Jahr und Tag nicht zu beobachten war. Das Bedenklichste an dieser Panik war, daß sie sich nicht auf unsere Börsen beschränkte; umgekehrt ging die neue Erschütterung vielmehr von den ausländischen Börsen aus. Wien, Paris, Petersburg befanden sich in einem Zustande, der der Auflösung nahekam. An diesen Börsen hatte die Überspekulation viel weitere Kreise gezogen als bei uns; in Paris waren die russischen Industriewerte, in Wien die österreichischen derart in die Höhe getrieben, daß sie in vielen Fällen nur noch eine Rente von 2 Prozent gewährten. Dazu kam das starke Interesse, welches der französische Markt an Balkanwerten, namentlich an den türkischen, serbischen und griechischen Anleihen besitzt. So war denn die Erschütterung in Wien und Paris noch viel heftiger als in Berlin. Die genannten schweren Industriewerte wie Sosnowice, Briansk, Maltzoff, Tula stürzten um mehrere hundert Franken, 4prozentige Russen verloren 9 Prozent, Serben nicht weniger als 21 Prozent.

Dieser bedrohliche Zustand der Börsen ließ nunmehr ein Eingreifen erforderlich erscheinen. Die Berliner Banken vereinigten sich zu einem Interventionskonsortium; allenthalben nehmen die Regierungen der Großmächte Gelegenheit, durch beruhigende Erklärungen der Kriegsfurcht entgegenzuwirken und zu betonen, daß zufolge freundschaftlicher Vereinbarung der ausbrechende Balkankrieg lokalisiert bleiben würde. Diese Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht. Insbesondere die außerordentlich zuversichtlichen Erklärungen des deutschen Staatssekretärs bei dem Festmahl der Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin verjagten den letzten Rest der Besorgnis, daß die unmittelbare Folge der Balkanwirren ein europäischer Krieg sein werde. Als dann noch der Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei endlich zur Tatsache geworden war, hatte man allenthalben den Ereignissen gegenüber soviel Fassung gewonnen, daß auch die Eröffnung der Feindseligkeiten auf dem Balkan und die formellen Kriegserklärungen mit Gleichmut hingenommen wurden. Ja, der Umschwung der Meinung war so vollständig, daß umfangreiche Rückkäufe eine stürmische Erholung der Kurse zur Folge hatten — eine Übertreibung, die, wie der weitere Verlauf der Dinge schon gezeigt hat, nicht zu rechtfertigen ist und sich von selbst korrigieren muß. Immerhin darf man der Ansicht sein, daß die Spekulationskrisis, welche sich an die plötzliche Aufrollung des Balkanproblems anschloß, zunächst überwunden ist. Augenblicklich sind weitere Komplikationen unter den Großmächten nicht zu fürchten; mit dieser Gewißheit ist Raum für eine nüchterne Abschätzung der Sachlage und für eine objektive Beurteilung der Zukunft gegeben. Zunächst aber ist es wichtig, die Folgerungen aus den Ereignissen der jüngsten Zeit zu ziehen und deren Lehren zu beherzigen.

So gefährlich die Situation der Börse an den kritischen Tagen sich darstellte, so ist doch mit Befriedigung zu konstatieren, daß die Widerstandskraft des Marktes und der Spekulation eine bemerkenswert große gewesen ist. Trotz der enormen Kursverluste ist keine irgendwie belangreiche Insolvenz vorgekommen,

während bei früheren Zusammenbrüchen des Marktes massenhafte Bankerotte die Regel waren. Und zwar hat sich die Berliner Börse auch in dieser kritischen Zeit besser gehalten als die Pariser. Helfferich hat schon auf dem Münchener Bankiertag darauf hingewiesen, daß bei der vorjährigen Marokkokrisis Berlin größere Widerstandskraft an den Tag gelegt habe als Paris — eine Behauptung, die er jetzt im einzelnen ziffernmäßig durch Vergleichung der Kurse und Zinssätze in einem Artikel des Bankarchivs belegt — und er kann den gleichen Nachweis auch bei der jüngsten Krisis führen. Diese größere Schwäche des Pariser Marktes ist natürlich darauf zurückzuführen, daß, wie oben hervorgehoben, die allgemeinen Verhältnisse bei ihm ungünstiger lagen: die Über speculation war ungesunder und erstreckte sich gerade auf russische Werte, die infolge der nahen Beteiligung Rußlands an den Wirren als besonders gefährdet gelten mußten. Aber der Zusammenbruch des Marktes war doch so stark, daß er auch die französische Rente in seinen Bereich zog; sie verlor in den kritischen Tagen 2,40 Prozent. Ebenso wurde in Wien die österreichische und ungarische Rente mit in den Strudel gezogen: sie büßten 3,10 und 2,90 Prozent ein. Dagegen sind die preussischen $3\frac{1}{2}$ proz. Konsols von dem allgemeinen Rückgang fast unberührt geblieben. Sie weisen nur ein halbes Prozent Kursunterschied auf und haben sich damit von allen europäischen Renten am besten gehalten. Dies ist ein Ergebnis, mit dem wir sehr zufrieden sein können. Deutschland steht an finanzieller und wirtschaftlicher Widerstandskraft seinen Konkurrenten nicht nach. Wer trotz aller Nachweise noch daran zu zweifeln wagen wollte, den mag die gegenwärtige Entwicklung der Geldverhältnisse eines besseren belehren. England und Frankreich haben ihren Bankfuß erhöht — die deutsche Reichsbank fühlt sich einstweilen noch stark genug, ihren Zinsfuß, der jetzt ein halbes Prozent niedriger ist als der englische, festzuhalten. Englische Wechsel suchen jetzt den deutschen Markt auf, um sich den billigeren Zinsfuß zunutze zu machen. Dabei muß, worauf hier schon wiederholt hingewiesen worden ist, Deutschland nur mit seinen eigenen Kräften haushalten — fremde Gelder sind, wie der Reichsbankpräsident kürzlich konstatieren konnte, nicht mehr im Lande. Umgekehrt hat heute Deutschland erhebliche kurzfristige Forderungen an das Ausland und einen großen Besitz an fremden Wertpapieren.

Trotz dieser günstigen Situation sollte man die Lehren der jüngsten Krisis beherzigen und von den eigenen und den Fehlern anderer lernen. Das ganze wirtschaftliche Leben war bei uns wie anderswo zu sehr auf den Optimismus eingestellt. Man sah nur auf die glänzende Seite der wirtschaftlichen Entwicklung und glaubte so handeln und disponieren zu dürfen, als könne dieser nur aus sich selbst und nicht von außen Gefahr drohen. Das ist um so merkwürdiger, als gerade die letzten Jahre unter dem Zeichen der politischen Spannung der Großmächte gestanden haben. Da man sich aber gewöhnt hatte, die politische Lage lediglich nach dem Stand des Verhältnisses Deutschlands zu England und Frankreich zu beurteilen, so übersah man völlig, daß die Gefahr auch in einem

anderen Winkel aufflammen könnte. Eine so einseitige Orientierung ist in wirtschaftlichen Dingen unheilvoll. Gerade bei günstigen Zeiten muß der Kaufmann wie der Industrielle eine Dosis Pessimismus sich bewahren, wenn er richtig disponieren will. Nur auf diese Weise ist es möglich, der Gefahr der Überanspannung, der Überproduktion und Überspekulation zu entgehen. Wenn nun auch augenblicklich nach allgemeiner Überzeugung der europäische Frieden trotz des Balkankrieges nicht als bedroht anzusehen ist, so wäre es doch ein schwerer Fehler, diesen Krieg, bloß weil er lokalisiert ist, als nicht vorhanden anzusehen. Die Börse schien hierzu im ersten Augenblick, wie das Aufschwellen der Kurse bewies, nicht übel Lust zu haben. Aber nicht nur die Börsenspekulation, auch die Industrie scheint teilweise geneigt, den Einfluß eines lokalisierten Balkankrieges auf den Gang des Wirtschaftslebens gering einzuschätzen. Man hält die augenblickliche Weltkonjunktur für so stark und in sich gefestigt, daß die Störung im Südosten Europas ihr nichts anhaben kann. Die augenblickliche Verschlechterung der Börsenlage sichts die Industrie wenig an, denn dringende Emissionswünsche dürften, nachdem die großen Expansionsprojekte durchgeführt sind, zurzeit kaum bestehen. Die Geldverhältnisse sind zudem weit günstiger als zu erwarten war, so daß wohl auch die Frage der Beschaffung industrieller Kredite trotz der proklamierten Zurückhaltung der Banken keine wesentlichen Schwierigkeiten bieten wird. Man glaubt daher in industriellen Kreisen, sich von der hochgehenden Welle der Konjunktur emportragen lassen zu dürfen und die Gunst des Augenblicks nach Kräften ausnützen zu müssen. Die Preiserhöhungen des Roheisenverbandes, noch mehr die des Kohlsyndikats sind ein treffender Beweis für diese Auffassung. Das Kohlsyndikat fühlt sich demmaßen als Herr der Situation, daß es kein Bedenken getragen hat, die jüngste Preiserhöhung gegen den Willen des Fiskus zu dekretieren und es hierüber mit dem letzteren zum Bruch kommen zu lassen. Der Fiskus hat sein Abkommen mit dem Syndikat gelöst und öffentlich dokumentiert, daß er diese Preispolitik des Syndikats für ungerechtfertigt und gemeinschädlich hält. Hier wird der Industrie in einer wohl noch nie dagewesenen Art und Weise von Amts wegen attestiert, daß sie den Bogen überspannt und sich in Gegensatz zu den Forderungen stellt, die im Interesse der Konsumenten erhoben werden müssen. In der Tat ist das Verhalten des Kohlsyndikats nur schwer begreiflich. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Beitritt des Fiskus, welchem die Einigung mit den übrigen Außenseitern folgte, für das Syndikat eine nicht hoch genug zu schätzende Errungenschaft bedeutete. Denn durch diese Einigung wurde das Kohlsyndikat des kostspieligen Wettbewerbs mit den syndikatfreien Zechen überhoben. Diese Konkurrenz hatte zu den so drückend empfundenen Umlagen geführt, welche zuletzt eine Höhe von zwölf Prozent des Bruttoerlöses erreicht hatten und den größten Mißmut unter den Mitgliedern, das heißt vor allem den reinen Zechen hervorriefen. Die Folgen der Einigung waren daher in finanzieller Beziehung äußerst weittragend. Nicht nur, daß

unmittelbar darauf eine Preiserhöhung stattfinden konnte, welcher der Fiskus zustimmte, sondern es gelang auch, alsbald die Umlage um volle 3 Prozent zu ermäßigen. Aus dieser Ermäßigung aber resultieren die Mehrgewinne, welche das abgeschlossene und laufende Geschäftsjahr für die Kohlenzechen so erträgnisreich gestaltet haben. Bei der Harpener Gesellschaft beispielsweise ist infolge der Ermäßigung der Umlage ein Mehrgewinn von nicht weniger als $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark, im letzten Quartal sogar ein solcher von 600 000 Mark entstanden. Da nun die Absatzverhältnisse sich ferner so günstig gestalteten, daß die Förderungseinschränkung für Kohlen völlig und für Koks zum wesentlichen Teile aufgehoben werden konnte, so lag in der Tat vom geschäftlichen Standpunkt kein Grund vor, jetzt zu einer so umfassenden und beträchtlichen Preiserhöhung zu schreiten. Gegen eine solche sprechen nicht nur die Rücksichten auf den privaten Konsum, der durch diese Preispolitik in einer Zeit der Teuerung schwer belastet wird, sondern auch alle Gründe, die eine mögliche Schonung der Kohlen verbrauchenden Industrie fordern. Diesen Bedenken hat der Fiskus Ausdruck gegeben und hat, als das Syndikat diesen nicht Rechnung trug, von seinem Vorbehalt Gebrauch machend, das Abkommen gekündigt. Das Syndikat aber hat nicht nur die Öffentlichkeit über die wahre Stellungnahme

Neuer deutscher Hausrat In Gemeinschaft mit bedeutenden Künstlern haben wir bestimmte Arbeitsarten, Maße und Normen festgelegt und damit eine wesentliche Verbilligung unserer Arbeit erreicht. Wir streben mit diesem zweckdienlichen und zeitgemäßen, schönen und preiswerten Hausrat nach einem deutschen Stil. Das Ergebnis 14jähriger Arbeit zeigt unser neues Preisbuch D 78 mit über 150 Bildern. Preis Mk. 1.80 das Stück. Dazu Dr. Friedrich Naumanns neue Schrift (Preis 50 Pfg.) **Der deutsche Stil**

**Deutsche
Werkstätten**

Hellerau, bei Dresden

Dresden, Ringstr. 15

München, Mittelsbacher
Platz 1

Berlin, Bellevuestr. 10

Hannover, König-
straße 37 a



Stoffe * Teppiche * Beleuchtungskörper * Gartenmöbel

des Fiskus falsch informiert, sondern durch den Mund seines Leiters Kirrdorf sich höhniſch dahin geäußert, daß mit einem ſo ſchwerfälligen Kontrahenten wie dem Fiskus nicht zu paktieren ſei. Es iſt kein Zweifel, daß die Öffentlichkeit geſchloſſen auf Seite des Handelsministers ſtehen wird, dem lebhafter Dank dafür gebührt, daß er ſo entſchloſſen das Tafeltuch zwiſchen ſich und dem Syndikat zerrissen hat. Der Vorfall iſt ein deutlicher Beweis dafür, ein wie gefährliches Inſtrument ein Privatmonopol iſt, wenn nicht eine wirkſame Rückſichtnahme auf das öffentliche Wohl verbürgt iſt. Das Syndikat ſpielt ein gefährliches Spiel. Man braucht nicht zu verkennen, daß unter den gegenwärtigen Produktionsformen die Kartellierung bis zu einem gewiſſen Grad ein Gebot der Notwendigkeit iſt, um regelloſer Erzeugung zu ſteuern und der Vergeudung wirtſchaftlicher Kraft Einhalt zu tun und doch der Anſicht ſein, daß eine öffentlich-rechtliche Kontrolle der Preispolitik durch das Gemeinwohl gefordert wird. Die neuzeitliche Entwicklung drängt entſchieden dahin, den Staat mit der Kontrolle ſolcher für die Geſamtheit aller Staatsbürger wichtigen und unentbehrlichen Gewerbszeugniſſe zu betrauen. In der Richtung dieſer Entwicklung lag die vor einigen Jahren eingeführte Beſchränkung der Bergbaufreiheit, in derſelben liegt in noch höherem Grade das jezt zur Diſkuſſion ſtehende Reichsſpetroleummonopol. Das Verhalten des Kohlenſyndikats kann nur dahin führen, auch ſolche Kreiſe, welche einem ſo weit reichenden Eingriff des Staats in die Regelung wirtſchaftlicher Verhältniſſe zweifelnd gegenüberſtehen, mit dieſer ſtaatsſozialiſtiſchen Politik zu befreunden.

Spectator

Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptſendungen und Briefe werden erbeten unter der Adreſſe:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigſtr. 1a.

Fernſprecher der Schriftleitung: Amt Umland 3630, des Verlags: Amt Lützow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Deſſauer Straße 36/37.



Edelster Liqueur aller Nationen

Bureaux für Deutschland Berlin W. 30, Luisenparkstr. 18.